



Inhalt >>>

Mehr Einfluss für die Frauen!	1
> Kerstin Westphal	1
Internationale Hilfskorridore für Syrien!	2
> Wolfgang Kreissl-Dörfler	2
Gaza, die vergessene Krise	2
> Wolfgang Kreissl-Dörfler	2
Wissen, was man isst!	2
> Ismail Ertug	2
Neuerung der Qualitätsetiketten	2
> Ismail Ertug	2
Russische Justiz in der Kritik	3
> Wolfgang Kreissl-Dörfler	3
Alles wird sich ändern...	3
> Kerstin Westphal	3
> Zur Info: State of the Union	1
>>> Service	
> Besuchergruppe & Kontakt	4

Mehr Einfluss für die Frauen!

von Kerstin Westphal

Die Diskussionen über Frauenquoten in Unternehmen haben wieder an Fahrt aufgenommen. Nicht nur gab es Anfang September einen Vorschlag von Justizkommissarin Reding, bis 2020 eine Quote von 40% einzufordern, sondern das Parlament hat letzte Woche auch ein ganz konkretes Exempel statuiert.

Vorschläge der Kommission

Der Reihe nach: Die Vorschläge von Kommissarin Viviane Reding sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wir hätten uns allerdings noch mehr Mut gewünscht - die Quote sollte nicht nur für Aufsichtsräte, sondern auch für Vorstände gelten. Und 2020 ist ein sehr langer Zeitraum - unsere Partei steht bekanntlich dafür, die 40%-Quote schon 2015 zu erreichen. Problematisch ist außerdem, dass die Mitgliedstaaten bei einer Richtlinie (dieses Instrument schlägt Reding vor) selbst bestimmen können, welche Sanktionen sie bei Nicht-Erfüllung verhängen. Bei der aktuellen politischen Konstellation in Deutschland kann man sich ausmalen, dass Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, die gegen die Quote ist, nicht für harte Sanktionen plädieren wird. Aber wir sind froh, dass es zumindest

Vorschläge gibt, und hoffen dass sich die Staaten, die schon ihren Widerstand angekündigt haben, nicht durchsetzen. Im Europaparlament gibt es schon lange eine klare Position für die Quote.

Anhörung verschoben

Diese Position haben wir auch letzte Woche wieder deutlich gemacht. Der Wirtschafts-Ausschuss hat die Anhörung des luxemburgischen Kandidaten für den EZB-Rat verschoben. Grund: Es ist mal wieder keine Frau nominiert worden, und es wurde noch nicht mal eine Frau in die Vorauswahl gesandt. Wir SozialdemokratInnen halten den Kandidaten aus Luxemburg zwar für kompetent, aber es kann nicht sein, dass in den europäischen Institutionen die Frauen weiterhin viel zu kurz kommen. Dafür müssen wir das Bewusstsein schärfen - notfalls auch mit drastischen Mitteln.

Zur Info >>>

"State of the Union"

Ähnlich der titelgleichen Rede des US-Präsidenten vor dem US-Kongress hält in regelmäßigen zeitlichen Abständen der Präsident der EU-Kommission vor den Mitgliedern des Europäischen Parlaments einen Bericht über die aktuelle Lage der Europäischen Union.

Anders als die Verfassung der USA, in der diese "Regierungsrede" kodifiziert ist, hat die "State of the Union" der EU aber keine geschriebene Rechtsgrund-

lage, sondern ist aus der regelmäßigen Rechtsübung der drei EU-Gesetzgebungsinstitutionen geboren; sie ist aber im Einklang mit dem Text des Lissabonner Vertrages.

Für Kommissionspräsident Barroso war es am vergangenen Mittwoch die dritte so gehaltene Rede. Diese dient vornehmlich dazu die mittel- und langfristigen Ziele der EU Kommission sowie die nächsten größeren Gesetzgebungsvorhaben vorzustellen. Dem wird zumeist eine Analyse der wirtschaftlichen und politischen Lage der EU vorangestellt. Im Plenum erfolgt dann eine Aussprache.

O-Ton

"Die Anträge [...] werden [...] abgelehnt [...]."

aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Klagen gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus, BVerfG, 2 BvR 1390/12 vom 12.9.2012

Internationale Hilfskorridore für Syrien!



Quelle: wikipedia.org

Am vergangenen Donnerstag hat das Straßburger Plenum erneut eine Resolution zu Syrien verabschiedet. Darin rufen die Europaabgeordneten alle bewaffneten Konfliktparteien auf, die Gewalttaten in Syrien umgehend einzustellen. Da die Situation unvorhersehbare Folgen für die Sicherheit und Stabilität der gesamten Region haben könne, fordern die Abgeordneten fraktionsübergreifend die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik dazu auf, den diplomatischen Druck auf Russland und China erhöhen.

Humanitäre Lage

Wir SPD-Europaabgeordneten sind vor allem zutiefst besorgt über die sich rapide verschlechternde humanitäre Lage in Syrien. Das syrische Regime muss endlich humanitäre Hilfe zulassen und humanitären Organisationen uneingeschränkten Zugang gewähren. Wir begrüßen daher die Bemühungen der Nachbarländer - der Türkei, des Libanon und Jordaniens - syrische Flüchtlinge aufzunehmen und sie zu versorgen. Doch nun muss auch die internationale Staatengemeinschaft handeln und rasch Hilfskorridore entlang der türkisch-syrischen Grenze einrichten! **WKD**



Durch die vom Parlament am vergangenen Donnerstag verabschiedete Verordnung sollen EU-Qualitätslabel für Produkte bestimmter geographischer Herkunft oder traditioneller Herstellungsart doppelt so schnell verliehen werden können. Zudem sieht der Gesetzesvorschlag auch die Schaffung eines geschützten Labels für "Bergerzeugnisse" vor.

Das Parlament erhofft sich zum einen, dass die Landwirte durch die vereinfachte Prozedur ermuntert werden, sich für Qualitätsetiketten zu bewerben und somit die Besonderheiten ihrer Produkte hervorzuheben. Zum anderen will man

Gaza, die vergessene Krise

Kürzlich war Filippo Grandi, Generalkommissar des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) zu Gast im Auswärtigen Ausschuss. Sein Bericht über die aktuelle Lage der Palästinenser war leider sehr ernüchternd. Der Friedensprozess zwischen Israel und Palästina stagniert, es gibt keine Fortschritte für die internationale Anerkennung eines Palästinenserstaates und auch intern bleiben die politischen Lager zerstritten.

Unsichere Zukunft

UNRWA-Kommissar Grandi stellte auch den aktuellen UN-Bericht "**Gaza in 2020**" vor, der ein kritisches Bild für die Zukunft dieses Landstriches zeichnet. Bis zum Jahr 2020 wird die Bevölkerungszahl Gazas von 1,6 auf 2,1 Mio. Einwohner steigen. Damit steigt auch der Bedarf an Basis-Infrastruktur wie etwa Elektrizität,

Wasser und Sanitäreinrichtungen, Schulen und Krankenhäuser. Dabei ist Gaza bereits heute erheblich unterversorgt. Das Überleben in Gaza, das seit 2005 isoliert ist, wird nur gesichert dank internationaler Finanzhilfe, in erster Linie über UNRWA, und durch den Schmuggel in den Tunneln unter der ägyptischen Grenze.

Politische Lösung unerlässlich

Die EU und ihre Mitgliedstaaten finanzieren 44% der UNRWA-Budgets. Damit es für Gaza und die Palästinenser in den anderen Gebieten Hoffnung gibt, brauchen wir diese humanitäre Soforthilfe, aber vor allem auch eine politische Lösung des Nahostkonflikts. Wir Sozialdemokraten werden uns weiterhin für eine friedliche Zwei-Staaten-Lösung einsetzen.

WKD

Wissen, was man isst!



Quelle: wikipedia.org

Am vergangenen Dienstag sprach sich eine Mehrheit des Europäischen Parlaments für Neuregungen bei der elektronischen Kennzeichnung von Rindern aus. Zudem soll nach Wunsch der konservativen Mehrheit im Parlament die Möglichkeit der Freiwilligen Bereitstellung von Informationen gestrichen werden.

Um den technischen Neuerungen Rechnung zu tragen, hat die Europäische Kommission im vergangenen Jahr ein Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht, mit dem die elektronische Kennzeichnung von Rindern EU-weit einheitlicher gemacht und verbessert werden

soll. Vor allem die Sozialdemokraten zeigten sich enttäuscht darüber, dass die konservative Mehrheit gegen den Artikel gestimmt hat, der gleiche Bestimmungen für Rinder aus Drittländern forderte.

Ein weiterer strittiger Punkt war die Beibehaltung der freiwilligen Kennzeichnung. Die Sozialdemokraten waren der Auffassung, dass diese Form der Kennzeichnung weiterhin möglich sein sollte, um den Betrieben mehr Möglichkeit zur Transparenz zu geben und den Kunden zu erlauben, eine informierte Kaufentscheidung zu treffen. Leider konnten sich die Konservativen auch in dieser Frage durchsetzen, sodass es künftig die Möglichkeit der freiwilligen Kennzeichnung nicht mehr geben soll.

Die Verordnung tritt in Kraft, wenn sich das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten im Rat auf eine gemeinsame Position geeinigt haben. Ist dies auf der Grundlage der Parlamentsposition aus erster Lesung nicht möglich, wird das Parlament erneut über den Vorschlag entscheiden. **IE**

Neuerung der Qualitätsetiketten

aber auch erreichen, dass der Kunde eine informierte und qualitätsgestützte Kaufentscheidung bei Lebensmitteln trifft. Um diese ehrgeizigen Ziele wirksam in die Tat umzusetzen muss die Kommission Anfragen künftig innerhalb von sechs und nicht von zwölf Monaten bearbeiten.

Verbesserte Bestimmungen zur Qualitätssicherung

Durch die neuen Bestimmungen sind die Rechte der Landwirte, die mit den Qualitätslabels einhergehen besser geschützt. Zudem wurden die Bedingungen verschärft, sodass z.B. eine "garantiert

traditionelle Spezialität" nur dann attestiert werden kann, wenn das Produkt mindestens 30 Jahre auf dem heimischen Markt verbreitet ist.

Neue Bestimmungen für Berg- und Inselprodukte

Um die Besonderheit ihrer Produkte hervorzuheben, sollen künftig auch gesonderte Label für Berg- bzw. Inselregionen eingeführt werden. Wichtig hierbei ist, dass auch die Zutaten der Produkte aus der Region stammen. Die genaueren Bedingungen werden von der Kommission nach Inkrafttreten der Verordnung festgelegt. **IE**

Russische Justiz in der Kritik



Quelle: wikipedia.org

Vergangene Woche hat das Europäische Parlament eine Entschließung angenommen, die den politischen Missbrauch der Justiz in Russland

kritisiert. In letzter Zeit kam es zu mehreren fragwürdigen Urteilen, der prominenteste Fall betrifft die regierungskritische Punkrock-Band "Pussy Riot".

Außerdem kritisiert das Parlament in seiner Entschließung die neuen russischen Gesetze über zivilgesellschaftliche Organisationen und über die Versammlungsfreiheit, die zur Unterdrückung der Opposition und Medien missbraucht werden können.

Wir Sozialdemokraten werden die Regierung Putin weiterhin genau



Quelle: wikipedia.org

beobachten und uns für die Rechtsstaatlichkeit und die Bürgerrechte in Russland einsetzen. **WKD**

Alles wird sich ändern...



Quelle: europarl.europa.eu

Kommissionspräsident José Manuel Durão Barroso bei der State of the Union vor dem Plenum in Straßburg, 12.09.2012

Medial überblendet von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe zur finanziellen Zukunft der europäischen Währungsunion, wurde zeitgleich am Mittwochvormittag in Straßburg erkennbar, welcher politischen Zukunft, nach dem Willen der Europäischen Kommission, die Europäische Union entgegenstreben soll. Kommissionspräsidenten Barroso hielt vor den Abgeordneten des Europäischen Parlamentes die dritte "State of the Union" (Bericht zur Lage der Union) und erläuterte die anstehenden Gesetzesvorhaben der nächsten Zeit.

Keine Zweifel an Solidarität

"Die stärkeren Länder dürfen an ihrer Bereitschaft zusammenzuhalten keinen Zweifel aufkommen lassen. Ebenso wenig an ihrer Solidarität." forderte der Kommissionspräsident und wurde etwa eine halbe Stunde später durch die Nachricht des Urteilspruchs aus Karlsruhe auch tatsächlich bestätigt - mit dem Spruch aus Karlsruhe scheint die eingeforderte Solidarität eintreffen zu können.

Eine nahe Wirtschaftsunion

In der 30-minütigen Rede skizzierte José Manuel Durão Barroso die Vorstellungen der Kommission von einer nahen Wirtschaftsunion und wie diese erreicht werden soll:

- mehr internationale Wettbewerbsfähigkeit durch die Schaffung eines

europäischen Arbeitsmarktes; dabei soll die Vollendung des europäischen Binnenmarktes vorangetrieben werden. Bereits im Herbst 2012 wird die Kommission mit einem umfangreichen Binnenmarktpaket für den Binnenmarkt (Binnenmarktakte II) aufwarten.

- Um das Unternehmertum zu fördern, sollen Steuersysteme für Unterne-

hmen einfacher und für Investoren attraktiver werden. Eine bessere Koordination der Steuerpolitik käme allen Mitgliedstaaten zugute.

- Ein weiterer zentraler gesetzgeberischer Baustein ist der mehrjährige Finanzrahmen der EU, der den Haushalt der EU für die nächsten sieben Jahre festlegt. An dessen strategischer Ausrichtung feilt das Parlament intensiv - alle großen Fonds von Regionalen Strukturfonds, über Landwirtschaft bis hin zur Forschung sind davon betroffen.

Barroso lenkte die Aufmerksamkeit auch auf eine mögliche neue Rolle der EZB bei einer Bankenunion - der Vorschlag wird gerade im Europäischen Rat diskutiert.

Keine neuen Institutionen

Applaus bekam der Kommissionspräsident als er klarmachte dass für eine solche "Wirtschaftsunion" keine neuen Institutionen benötigt würden. Ganz im Gegenteil: Der beste Weg, um dies wirksam und schnell zu erreichen, sei die Zusammenarbeit der bestehenden Organe - der Europäischen Kommission als unabhängiger europäischer Behörde, und des Europäischen Parlaments, das als parlamentarische Vertretung auf europäischer Ebene die Kommission überwacht.

Antworten der Sozialdemokraten

Wir Sozialdemokraten können Barroso für seine Rede loben, haben aber eigene kla-

re Ansichten zur Lage der EU:

- der Fokus der EU muss deutlich stärker auf soziale Fragen gerichtet werden. In Deutschland verdienen 1/5 der Erwerbstätigen Gehälter unterhalb der Armutsgränze;
- öffentliche Investitionen in Jobs entwickeln sich in der EU gegen den weltweiten Trend. Es werden Steuern i.H.v. 1 Billion € hinterzogen, ¼ dieses Betrages würden 40% mehr an Investitionen der öffentlichen Hand bedeuten;
- Pläne für einen Bankenunion kann es nur mit der Beteiligung des Europäischen Parlaments geben: wenn die bessere Bankenaufsicht eine Antwort auf die Krise ist, muss dies mit der Beteiligung der Vertretung der BürgerInnen der EU geschehen;
- die Rolle der EZB bei der Bankenunion ist noch zu klären: sie kann nicht 6000 Banken der Eurozone überwachen. Omas kleine Sparkasse birgt ein geringes Risiko und kann getrost unter nationaler Aufsicht bleiben. **KW**



Quelle: europarl.europa.eu

Unser Vorsitzender der S&D Fraktion Hannes Swoboda (Österreich) am 12.09.2012 in Straßburg

Unsere Besucher in Brüssel und Straßburg >>>



Vom 9. – 11. September organisierte der Europaabgeordnete **Ismail Ertug** für interessierte Bürgerinnen und Bürger aus der Oberpfalz und Niederbayern eine dreitägige Fahrt zum Europäischen Parlament nach Straßburg. Die Tour startete mit einer Weinprobe mit typischen regionalen Spezialitäten bei der ein wenig elsässisches Savoir-vivre erlebt werden konnte. Darauf folgten eine Rundfahrt im Bus und ein Spaziergang durch Straßburg. Beim Abendessen auf Einladung von Ismail Ertug konnten die Teilnehmer ihrem Abgeordneten in persönlichen Gesprächen Fragen stellen und Themen gemeinsam diskutieren. Am letzten Tag stand der Besuch im Europäischen Parlament auf dem Programm. Dort empfing der Europaabgeordnete für die Oberpfalz und Niederbayern die Besucher persönlich und erklärte ausführlich die Europäische Union sowie Problematiken und Abläufe des politischen Alltags. Besonders die hohen Anforderungen an die Präsenz eines Abgeordneten - in Brüssel, Straßburg und im Wahlkreis - überraschten viele. Zum Abschluss gab es von der Besuchertribüne aus auch noch einen Einblick in den Plenarsaal.

Am 12. September besuchte eine Delegation der deutsch-tschechischen Anwaltskammer aus Würzburg das Europäische Parlament. Im Gespräch mit Kerstin Westphal bekam die Gruppe einen Einblick in die Arbeit des Europäischen Parlaments. Gemeinsam mit Bernhard Rapkay (MEP im Rechtsausschuss) berichtete **Kerstin Westphal** außerdem über aktuelle Themen wie das EU-Patent. Im Anschluss an das Gespräch konnte die Gruppe die Plenardebatte zur aktuellen Situation in Rumänien verfolgen.



Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP* (WKD)

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 110
wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu
 Ansprechpartnerinnen:
 Nadja Pohlmann und Maria D'Amico

Europabüro:
 Oberanger 38/IV
 80331 München
 T.: 089 21 02 43 61
 F.: 089 21 02 43 61
europa@kreissl-doerfler.de

www.kreissl-doerfler.de

Ansprechpartnerin:
 Britta Besan

Bürozeiten:
 Di: 13.00-17.00 Uhr; Mi, Fr: 9.00-13.00 Uhr, Do
 9.00-17.00 Uhr

Kerstin Westphal, MdEP* (KW)

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 534
kerstin.westphal@europarl.europa.eu
 Ansprechpartner:
 Dr. Clemens zur Hausen, Philipp Krieg

Europabüro:
 Kornmarkt 17 Semmelstr. 46R
 97421 Schweinfurt 97070 Würzburg
 T.: 09721 715 716, 0931 45 25 31 28
 F.: 09721 474 0884 0931 45 25 31 29
eder@kerstin-westphal.de augustin@kerstin-westphal.de

www.kerstin-westphal.de

Ansprechpartnerinnen:
 Marietta Eder Elisabeth Augustin

Bürozeiten:
 Mo-Do: 9.00-16.00 Uhr Mo-Mi: 9.00 -14.30 Uhr
 Fr: 9.00-13.00 Uhr Do: 9.00-15.30 Uhr

Ismail Ertug, MdEP*(IE)

Europäisches Parlament

T.: +32 (0)228 47 547
ismail.ertug@europarl.europa.eu
 AnsprechpartnerInnen: Luisa Gluck,
 und Fatih Aydogan

Europabüro:
 Richard-Wagner-Str. 4 Nördl. Stadtgraben 9
 93055 Regensburg 94469 Deggendorf
 T.: 0941 29 79 98 73 0991 379 11 64
 F.: 0941 29 79 98 75 0991 379 11 63
europabue-ro@ertug.eu katja.reitmaier@ertug.eu

www.ertug.eu

AnsprechpartnerInnen:
 Johannes Hintermaier Katja Reitmaier

Bürozeiten:
 Mo-Fr: 8.00-17.00 Uhr, Fr : 8.00-15.00 Uhr